



Katrin Staffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Katrin Staffler (CSU): Wir brauchen eine wirksame Initiative gegen die Inflation!

Berlin, 24.06.2022

Katrin Staffler, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227- 75225
Fax: +49 30 227-70226
katrin.staffler@bundestag.de

Wahlkreis:
Münchner Straße 10
82256 Fürstfeldbruck
Telefon: +49 8141 16305
Fax: +49 8141 16210
katrin.staffler.wk@bundestag.de

**Stellvertretende CSU-
Landesgruppenvorsitzende**

**Fachpolitische Sprecherin für
Innovation, Bildung und Forschung
der CSU im Bundestag**

**Mitglied des Ausschusses für
Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung**

Die Inflation hat seit 50 Jahren einen traurigen Höchststand erreicht: Im dritten Monat in Folge betrug die Teuerung mehr als 7 Prozent. Vor allem kleine und mittlere Einkommen sind besonders hart von den Preissteigerungen betroffen. „Viele Menschen haben Sorge, dass sie sich bei diesen explodierenden Preisen das normale Leben nicht mehr leisten können. Gerade bei uns in den Landkreisen Dachau und Fürstfeldbruck kommen zu den Preissteigerungen des alltäglichen Bedarfs die hohen Wohnkosten hinzu.“, so die CSU-Bundestagsabgeordnete. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung würden die Bürger nur unzureichend entlasten und auch jetzt verrenne sich die Ampel in unausgegorenen Ideen: „Als Antwort auf die drohenden Gaslieferungspässe Vorschläge zu präsentieren, wie die Wohnungstemperaturen gesetzlich zu drosseln oder Fahrverbote zu erwirken, halte ich für den falschen Weg.“

In Reaktion auf die Teuerungen hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Antrag mit konkreten Forderungen an die Bundesregierung gewandt. Darin heißt es, dass die Energiepreispauschale auch Rentnern, Versorgungsempfängern, Studenten sowie Beziehern von Lohnersatzleistungen wie jungen Eltern zugutekommen sollte. Die sogenannte kalte Progression müsse kurzfristig, vollständig und rückwirkend ausgeglichen werden. Die Stromsteuer sowie der Industriestrompreis müsse gesenkt werden. Außerdem wird die Bundesregierung dazu aufgefordert mehr Transparenz und Entlastung bei den Energiepreisen zu schaffen, indem geprüft werden soll, ob Mineralölunternehmen dazu verpflichtet werden können, wesentliche Preisbestandteile von Kraftstoffen bei der Markttransparenzstelle offenzulegen. Auch eine bessere Förderung für private Photovoltaik und ein Programm der Bundesregierung zur Reduzierung des Gasverbrauchs sind Teil der Forderungen der Unionspolitiker.

„Wir brauchen endlich eine wirksame Initiative gegen die Inflation, um einen dauerhaften Wohlstandsverlust zu verhindern



und eine Verschärfung der Inflations- und Schuldenkrise abzuwenden. Dazu gehört auch: die Bundesregierung muss ihre ausufernde Verschuldungspolitik sofort beenden.“, so Staffler.